FH-DS-01

Wir stärken die Demokratie

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	FH.FH-DS Wir stärken die Demokratie

Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte einstehen. Sie braucht demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Und lebendige Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir setzen auf einen starken Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert. Demokratie braucht eine vernünftige Debatte, die auf Fakten baut, auf gegenseitigem Respekt und den Austausch von Argumenten – statt auf Hass, Hetze und dumpfe Parolen. Der Erfolg autoritärer und antidemokratischer Kräfte in Europa und den USA macht deutlich, dass wir uns an einem historischen Scheideweg befinden: Wir müssen als Gesellschaft für die europäische Tradition und Geschichte seit der Aufklärung und der französischen Revolution, für die erkämpften Grund- und Freiheitsrechte sowie die Demokratie und die Prinzipien der offenen Gesellschaft einstehen. Diese Errungenschaften machen uns aus und machen uns stark. Wir werden deshalb mit aller Entschlossenheit verhindern, dass die Uhr wieder zurückgedreht wird. Nationalismus, Rassismus und die Feindschaft zwischen den Religionen und Bevölkerungsgruppen
haben bei uns keine Chance.

Demokratie stärken durch mehr Transparenz und Beteiligung

Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen in ihre Repräsentant*innen, in ihre Institutionen und Entscheidungsprozesse. Mit großer Sorge sehen wir Grünen, dass dieses Vertrauen in Deutschland und Europa geringer wird. Wir wollen deshalb die Demokratie stärken – auch indem wir für mehr Transparenz und bessere Beteiligung sorgen. Das Paralement ist für uns als zentrale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands die Herzkammer unserer Demokratie. Doch wir haben gesehen: In Zeiten einer erdrückenden Mehrheit einer Großen Koalition sind die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle und Mitwirkung empfindlich eingeschränkt. Deshalb wollen wir sie ausbauen. Die Arbeit des Bundestages muss transparenter werden, die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Den Einfluss von Lobbyisten und Interessengruppen wollen wir offenlegen und ein verpflichtendes öffentliches Lobbyregister einrichten. Wer was an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt, soll sichtbar sein. Die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden wollen wir absenken und diese Regeln auch für das Parteisponsoring einführen. Wir wollen Open Government voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürger

kommuniziert. Amtliche Dokumente werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet veröffentlicht. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene bauen wir Beteiligung aus. In den Länder zeigen wir: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürgerbeteiligung. Wir beziehen Bürgerinnen und Bürger verbindlich über die bestehenden Vorschriften hinaus bei

der Bauplanung ein, gerade auch von Großprojekten. Das Petitionsrecht wollen wir zu einem wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.

Elemente direkter Demokratie wollen wir Grünen auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Die Rechte von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Zum Kern der Demokratie gehört die Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz.

Damit möglichst viele Menschen an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, wollen wir Kommunalwahlen auch für Menschen mit festem Wohnsitz, aber ohne deutschen oder EU-Pass öffnen. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.

Gesellschaftliches Engagement fördern, Whistleblower schützen

Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zu Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Wer mitmischt und sich engagiert, trägt im

Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir Grünen
fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen. Auch Bürgerinnen und Bürger, die – oft unter großen Risiken – Informationen über Missstände der Öffentlichkeit zugänglich machen, müssen unterstützt und mit einem Whistleblower-Schutzgesetz geschützt werden. Sie decken Unrecht und Ungerechtigkeiten auf und leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Es ist widersinnig, sie dafür strafrechtlich zu verfolgen.

Freie Medien stärken

Freie und unabhängige Medien und der allgemeine Zugang zu vielfältigen Informationen sind ein „Grundnahrungsmittel" der Demokratie. Doch sie stehen heute enorm unter Druck, die Medienwelt hat sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt. Wir Grünen wollen eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft verteidigen, auch gegen die Angriffe von Populisten und Hetzern, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive Information durch Propaganda ersetzen. Journalistinnen und Journalisten dürfen nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht werden. Auch der Informantenschutz muss
gesichert sein. Unser Ziel ist eine Medienlandschaft, die vielfältig und innovativ ist und auch die kleinen Player ernst nimmt. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten, die ein unabhängiges und anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben. Das rückwärtsgewandte Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das niemandem nützt, wollen wir so bald wie möglich wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehräte oft nicht die gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen

wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg.

Kultur in ihrer Vielfalt fördern

Kultur ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Sie ist oft provozierend, hält der Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. Kultur kann in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche aber auch Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit geben. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht und schützt. Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie dürfen weder staatlich bevormundet noch ökonomisch vereinnahmt werden. Kunst hat keinen moralischen Auftrag zu erfüllen und muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein.

Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart
und Zukunft. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in

den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. Kultur entsteht nicht durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. Wir Grünen widersetzen uns deswegen allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. In der Kultur darf es keine Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer

dazugehört und wer nicht. Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten.

Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in der Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein. Die Bundeskulturpolitik darf nicht allein auf Schaufenster- und Großprojekte beschränkt werden, vielmehr sollten ebenso die vielen kleinen Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden. Auch das Thema „Kultur in ländlichen Räumen“ wollen wir weiter aufwerten. Kultur muss für alle zugänglich und erlebbar sein – unabhängig von Wohnort, Geldbeutel, Herkunft, Alter, körperlichen Voraussetzungen oder Identität.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Lobbyregister einführen

Wir Grünen wollen unsere Demokratie durch mehr Transparenz stärken. Insbesondere der Einfluss von Lobbygruppen auf die Gesetzgebung muss offengelegt und allgemein sichtbar werden. Dafür wollen wir ein öffentliches Lobbyregister einführen, das deren Einfluss transparent macht. Im Parteiengesetz wollen wir die Grenze absenken, ab der eine Parteispende veröffentlicht werden muss. Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von Parteien und Parteitagen verpflichtend machen. So wird auch beim Sponsoring jederzeit ersichtlich, wer wen in welcher Höhe unterstützt.

Whistleblower gesetzlich schützen

Edward Snowden haben wir viel zu verdanken. Nur durch seinen Mut, mit Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen, wurde die skandalöse Ausspähung und Massenüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern durch die NSA bekannt. Auch die Offenlegung von massenhafter und organisierter Steuerhinterziehung durch die Panama-Papiere und Luxleaks verdanken wir Whistleblowern. Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür einsetzen, Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die dem öffentlichen Interesse und dem Allgemeinwohl dienen, müssen dabei unterstützt und geschützt werden. Deshalb wollen wir Grünen ein Whistleblower-Schutzgesetz, das diese Menschen vor Strafverfolgung schützt.

Wahlalter auf 16 Jahre absenken

Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie
mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen.
